Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Hochrüstungshaushalt und NATO-Austritt
2. Die Bürger spüren längst, dass bei der deutschen Ukraine-Politik etwas aus dem Ruder läuft
3. Die Ausweitung des Ukrainekriegs (I)
4. Von der Leyen kontra Kushner: Streit über Reihenfolge der Ukraine-Friedensgespräche
5. Fast jeder zweite Deutsche will Ukraine-Hilfen kürzen oder ganz einstellen
6. Für Russland gegen die deutsche Wehrpflicht
7. Vom Silicon Valley ins Kriegsgebiet: Wie Tech-Konzerne Kriege steuern
8. Oxfam-Bericht: Gefährliche Schadstoffbelastung fast im gesamten Gazastreifen
9. Washington zieht sich zurück, Brüssel rüstet auf: Warum der Griff nach der Weltmachtrolle ein fataler Irrweg ist. Interview mit Andrea Komlosy. Teil 1
10. Annalena Baerbock wird Beraterin bei FGS Global – die Firma macht Lobbyarbeit für Panzerbauer KNDS

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Hochrüstungshaushalt und NATO-Austritt**
   561 Milliarden Euro Haushalt, 210 Milliarden neue Schulden, 150 Milliarden für die Rüstung – und das ist erst der Anfang. Wer den Sozialstaat retten will, muss den NATO-Kurs stoppen. Der Austritt ist die Konsequenz.
   Die aktuellen Haushaltsberatungen stehen unter dem Stern der NATO-Rüstungsvorgabe. Von den Grünen bis zur AfD ist man sich einig, perspektivisch die 5-Prozent-Vorgabe erfüllen zu wollen. Die Linke hatte einst im Bundesrat die Schuldenbremse entsprechend gelöst und damit ermöglicht, dass gigantische Kriegskredite zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen werden konnten. Frei nach König Pyrrhus muss man angesichts der Kabinettsvorlage formulieren: Noch so ein Haushalt und ich bin verloren.
   Quelle 1: Sevim Dagdelen im Overton Magazin
   Quelle 2: NachDenkSeiten

   dazu: **Der teuerste Kanzler Deutschlands: So erkauft sich Merz den faulen Koalitionsfrieden**
   Verteidigung und Soziales belasten den Bundeshaushalt schwer. Im Bundestag hat die Opposition leichtes Spiel mit der angeschlagenen Merz-Koalition. Eine Analyse.
   In Brüssel tritt Bundeskanzler Friedrich Merz als Wortführer der Nettozahler-Staaten als Sparfuchs auf. Beim nächsten EU-Haushalt möchte er nun abermals nachverhandeln. Zuhause lässt es der Kanzler hingegen schleifen und liest der SPD und deren Chef Lars Klingbeil jeden noch so kostspieligen Wunsch von den Lippen ab. Rente, Pflege, Gesundheit, Bürger- und Wohngeld – alles soll am besten so bleiben, wie es ist. Die jüngeren Generationen sollen die Rechnung zahlen: höhere Schulden, Steuern und Beiträge – wie beim Klimaschutz gilt das Motto: nach uns die Sintflut.
   Quelle 1: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)
   Quelle 2: Web Archiv

   dazu auch: **«Die ganze Argumentation passt hinten und vorne nicht zusammen»**
   Der Politikwissenschaftler Jürgen Wagner geht in seinem Buch der Frage nach, wie viel Aufrüstung tatsächlich notwendig ist. […]
   In seiner Regierungserklärung vom 14. Oktober 2026 behauptete Bundeskanzler Friedrich Merz, «kein Euro, der in die Ukraine fliesst, fehlt bei den Sozial- und Bildungsausgaben in unserem Land».
   Zumindest wenn wir die gesamte Aufrüstung betrachten, ist dies definitiv

falsch. Nach der aktuellen Finanzplanung sollen die Militärausgaben nach Nato-Kriterien bis 2030 auf 200,9 Milliarden Euro steigen. Das wären 31 Prozent des für 2030 geplanten Bundeshaushalts und 46 Prozent der Steuereinnahmen. Weil diese Aufrüstung derzeit vor allem über Schulden finanziert wird, werden auch die Zinszahlungen rapide steigen – und zwar bis 2030 auf 12,5 Prozent des Bundeshaushalts und 18,5 Prozent der Steuereinnahmen. Schon jetzt laufen sich vor allem die arbeitgebernahen Institute – mit dem Institut für Weltwirtschaftsforschung in Kiel an vorderster Front – warm und warnen, dass die schuldenbasierte Aufrüstung ein Ende haben müsse. Sie fordern aber nicht ein Ende des Rüstungswahns, sondern dass er zukünftig aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden solle. Das wäre aber nur durch Sozialkürzungen möglich, gegenüber denen sich sogar die massiven Sparmassnahmen der jüngeren Vergangenheit harmlos ausnehmen würden.
Quelle: Infosperber

und: **Versteckte Kürzung durch die Hintertür: Warum der Haushalt 2027 für Bedürftige zur teuren Falle wird**
Im Vorfeld der Haushaltsberatungen hatten Pläne für drastische Kürzungen beim Wohngeld und bei Familienleistungen für scharfe Proteste gesorgt. Ein breites Sozialstaatsbündnis, darunter der Paritätische Wohlfahrtsverband, hatte gewarnt, dass hunderttausende Haushalte ihren Anspruch verlieren könnten. Diese Sorge ist nun vorerst gebannt. Laut der Süddeutschen Zeitung nimmt die schwarz-rote Koalition geplante Sozialkürzungen von über einer Milliarde Euro beim Wohngeld, beim Unterhaltsvorschuss sowie beim Kindersofortzuschlag zurück.
Damit bleibt der monatliche Kindersofortzuschlag von 25 Euro grundsätzlich bestehen. Wie Finanztip berichtet, profitieren davon rund 1,5 Millionen Kinder. Eine Ausnahme sieht der Kompromiss allerdings vor – Familien, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, sollen den Zuschlag künftig nicht mehr erhalten. […]
Obwohl direkte Kürzungen abgewendet wurden, bedeutet der Haushaltskompromiss für viele Haushalte reale Einbußen. Wie das Fachportal Bürger & Geld erläutert, wird die regulär für den 1. Januar 2027 vorgesehene Anpassung des Wohngeldes an die Miet- und Preisentwicklung ausgesetzt. Der ausgezahlte Betrag sinkt zwar nicht auf dem Papier, deckt bei weiter steigenden Mieten aber einen immer kleineren Teil der tatsächlichen Wohnkosten.
Ähnlich sieht es bei der Grundsicherung aus.

Quelle: FR Online

2. **Die Bürger spüren längst, dass bei der deutschen Ukraine-Politik etwas aus dem Ruder läuft**
   Beim Berliner Gegengipfel zu Trump, Xi und Putin feierte die Hauptstadtpresse Kanzler Merz als Führer Europas. Vor Managern verriet er, was die Hilfen für Kiew einbringen sollen. So redeten Politiker schon einmal – es endete böse […]
   Vergangene Woche stürzten sich die Politik-Beobachter auf die Außenpolitik. Sie sahen Merz plötzlich als Friedrich den Großen, dekoriert mit Eichenlaub und Lorbeerkranz. Wie er da glänzte beim „Ukraine-Gipfel XXL“ (ZDF) in der Paraderolle als Führer Europas. War es nicht ungeheuer mutig von ihm, parallel zum Schurken-Treffen der drei Autokraten Trump, Xi und Putin einen Gegengipfel der Gut-Willigen in Berlin zu inszenieren? Der Kanzler, lobten viele, traut sich was. Er bietet den Mächtigen die Stirn. Ein echter Weltpolitiker. Er könnte sich freilich überhoben haben. Denn die Gut-Willigen schwächeln. Das jüngste Treffen der Ukraine-Unterstützer war nur die Fortsetzung des altbekannten Ramstein-Formats. Damals, im April 2022, zählte Gastgeber Deutschland noch 54 Unterstützer-Staaten, jetzt, vier Jahre später, sind es 37. Es könnten bald noch weniger kommen. Denn einigen Regierungen scheint das Engagement zu teuer und zu riskant zu werden. Wo bitte soll das enden?!
   Quelle: Wolfgang Michal in der Freitag

   dazu auch: **Rechnungshof verreißt Zahlen zur Ukraine-Hilfe – Regierung kontert: „vollständig, transparent und belastbar“**
   Intern räumt die Bundesregierung Mängel ein, vor der Presse bestreitet ihr Sprecher sie. Auf Nachfrage dieser Zeitung folgen weitere Widersprüche und ein Seitenhieb statt einer Antwort.
   Für ein vernichtendes Urteil braucht der Bundesrechnungshof nur drei Adjektive. Die Angaben der Bundesregierung zur Unterstützung der Ukraine seien „nicht belastbar, unvollständig und intransparent“. So steht es in einem Bericht nach Paragraf 88 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung, der am 18. November an den Haushaltsausschuss ging und dieser Zeitung vorliegt. Veröffentlicht werden soll er erst nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen. Den Anstoß zur Prüfung gab der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages. Er hatte schon 2023 den Eindruck, die Zahlen der Regierung seien unvollständig und widersprüchlich.
   Quelle: Florian Warweg in der Berliner Zeitung

3. **Die Ausweitung des Ukrainekriegs (I)**

Der Einschlag dreier russischer Flugkörper nahe dem Schauplatz eines Manövers europäischer NATO-Staaten in Polen wirft ein Schlaglicht auf Pläne für einen Militäreinsatz Europas in der Ukraine und eine etwaige Kriegseskalation. Die sogenannte Koalition der Willigen, der auch Deutschland angehört, hat mit ihrem ersten Manöver in Südostpolen das Szenario einer Stationierung westeuropäischer Truppen in der Ukraine durchexerziert. Offiziell sollen die Truppen dort nach einem Waffenstillstand die ukrainischen Streitkräfte ausbilden, deren Waffen instandsetzen sowie den Luftraum sichern. Russland lehnt das kategorisch ab und fordert, die Ukraine müsse neutral sein. In Frankreich hieß es zeitweise, man werde Truppen nach einem Waffenstillstand auch gegen Russlands erklärten Willen auf ukrainisches Territorium entsenden. In der Tat hat Paris, wie vergangene Woche bekannt wurde, schon seit Jahren eine geringe Anzahl an Soldaten in der Ukraine im Einsatz. Die EU kündigt nun an, gleichfalls Militärs zu entsenden. Unterdessen weitet die Ukraine den Kriegsschauplatz, indem sie dort am Samstag ein russisches Frachtschiff angegriffen hat, auf die Ostsee aus.
Quelle: German Foreign Policy

dazu: **Die Ausweitung des Ukrainekriegs (II)**
Die Ukraine weitet ihre Angriffe auf russische Schiffe vom Schwarzen Meer auf das Mittelmeer sowie die Ostsee aus; beide geraten zunehmend in den Sog des Krieges. Am Wochenende attackierten ukrainische Drohnen zwei russische Schiffe im libyschen Bengasi. Eins davon, eine Fregatte, versenkten sie. Schon im März war ein voll beladener russischer Flüssiggastanker im Mittelmeer von ukrainischen Seedrohnen schwer beschädigt worden; eine Umweltkatastrophe konnte mit knapper Not verhindert werden. Vor einer Umweltkatastrophe warnen nun zudem finnische Staatsstellen, seit Kiew zivile russische Schiffe in der Ostsee mit Drohnen anzugreifen begonnen hat. Zudem wächst die Unsicherheit in der Ostsee für zivile Schiffe aus EU-Staaten. Mit den Kriegshandlungen der Ukraine gehen Maßnahmen auch der EU und einzelner EU-Staaten gegen russische Handelsschiffe einher, die – mit EU-Sanktionen belegt – als „Schattenflotte“ etikettiert und immer öfter von Soldaten aus der EU geentert werden. Dies geschieht nicht mehr bloß in der Ostsee, sondern auch im Mittelmeer sowie im Indischen Ozean. Die EU maßt sich damit weltpolizeiliche Kompetenzen an – und schädigt das internationale Recht schwer.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Rhetorik der Spannung**
Russland hat Estland »feindselige Handlungen an der Grenze zum offenen Krieg« vorgeworfen. Das Außenministerium in Moskau bestellte den estnischen Geschäftsträger am Montag zum Empfang einer entsprechenden Protestnote ein. Die russische Seite bezog ihre Vorwürfe auf die mutmaßliche Nutzung estnischen Luftraums für ukrainische Drohnenflüge in Richtung von St. Petersburg. Hinzu kamen seit längerem bekannte Vorwürfe wegen der Behandlung der russischen Minderheit in Estland sowie der Diskriminierung der russischen Sprache im öffentlichen Raum und der Russisch-Orthodoxen Kirche im geistlichen Leben des Landes.
Die estnische Regierung wies die Vorwürfe zurück. Man stelle weder das Territorium noch den Luftraum des Landes für Aktionen Dritter zur Verfügung, erklärte ein Regierungssprecher in Tallinn. Gleichzeitig hat Estland tatsächlich die Bedingungen für die russische Minderheit im Lande verschärftt. Zuletzt wurde angekündigt, dass ab dem 1. Dezember für zunächst sechs Monate sämtliche Grenzübergänge zwischen beiden Ländern gesperrt würden. Die offizielle Begründung dafür lautet, dass russische Saboteure angeblich versucht hätten, eine estnische Drohnenfabrik in Grenznähe in Brand zu setzen.
Quelle: junge Welt

und: **Boris Pistorius warnt vor Ausweitung des Ukrainekriegs auf die Ostsee**
Der Verteidigungsminister zeigt sich besorgt über die Angriffe auf ein russisches Schiff vor der Küste Finnlands. Auch die Ukraine habe eine Verantwortung.
Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat nach einem mutmaßlich ukrainischen Drohnenangriff auf das russische Frachtschiff Sparta II vor einer Ausweitung des Krieges auf die Ostsee gewarnt. Nach einem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Jewhenij Chmara in Berlin sagte Pistorius, dass die Ukraine selbstverständlich das Recht habe, militärisch genutzte Ziele in Russland anzugreifen, die dazu dienten, die russischen Angriffe auf die Ukraine abzuschwächen. Gleichzeitig stehe aber die Ukraine in einer besonderen Verantwortung, sagte Pistorius. »Der Krieg darf sich nicht auf die Ostsee ausweiten.«
Quelle: Zeit Online

4. **Von der Leyen kontra Kushner: Streit über Reihenfolge der Ukraine-**

Friedensgespräche
Ursula von der Leyen und Jared Kushner streiten darüber, wann und wie die europäische Sicherheitsordnung in Friedensgesprächen zum Krieg gegen die Ukraine verhandelt wird.
Zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gibt es einen neuen Konfliktpunkt. Es geht um die Reihenfolge der Friedensverhandlungen zur Beendigung von Russlands Krieg gegen die Ukraine und darum, wann und wie die Frage der europäischen Sicherheitsarchitektur behandelt werden soll. Europäische Führungspersönlichkeiten sehen das Thema als russische Falle und bestehen darauf, dass zuerst ein Waffenstillstand in der Ukraine erreicht werden müsse. US-Sondergesandter Jared Kushner, der die Verhandlungen vermittelt, schrieb jedoch in einem Beitrag in sozialen Medien, die Frage müsse direkt und ohne Zögern angegangen werden.
„Sicherheitsgarantien für die Ukraine können nicht losgelöst von der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Krieg festgelegt werden. Beides muss gemeinsam betrachtet werden“, schrieb Kushner.
Quelle: euronews

dazu: **Einladung nach Moskau: Merz pfeift Pistorius zurück**
Einig und geschlossen werde man bei Verhandlungen mit Russland auftreten, haben die Europäer beim Gipfel der “Koalition der Willigen” in Berlin gelobt. Dabei ist nicht einmal die Bundesregierung einig und geschlossen. Kanzler Merz pfiff nun Wehrminister Pistorius zurück, nachdem sich der SPD-Mann dafür ausgesprochen hatte, eine Einladung von Kremlchef Putin nach Moskau anzunehmen. Während einer Polen-Reise hatte Pistorius in Warschau gesagt, “eine Einladung nach Moskau auszuschlagen, wäre das völlig falsche Signal”. Dies schien Äußerungen des Kanzlers beim Berlin-Gipfel zu widersprechen – und brachte die Bundesregierung in Berlin in Erklärungsnöte. Also mußte sich Pistorius korrigieren: “Dass Moskau nicht der Ort der Wahl ist, spricht für sich selbst”, erklärte er nun. Pistorius betonte zudem, es spreche “wenig bis gar nichts für eine wirkliche Verhandlungsbereitschaft” von Putin. – In Wahrheit spricht wenig bis gar nichts für eine echte Verhandlungsbereitschaft von Merz und den EUropäern, wie dieser peinliche Vorfall erneut zeigt…
Quelle: Lost in EUrope

dazu auch: **Merz und Rutte bekräftigen Sicherheitsgarantien für die Ukraine**
Der Bundeskanzler und der Nato-Generalsekretär fordern Sicherheitsgarantien

für die Ukraine. Diese würden einem Bündnisbeitritt sehr nahekommen, gelobt Merz. Er äußerte sich auch zu den in Polen abgestürzten Marschflugkörpern. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat sich bei einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Mark Rutte für Sicherheitsgarantien für die Ukraine ausgesprochen. Diese würden »Artikel-5-ähnliche Sicherheitsgarantien« sein und kämen »einem Nato-Beitritt sehr nahe«, erklärte Merz in Berlin.
Artikel 5 des Nato-Vertrags besagt, dass ein bewaffneter Angriff auf ein Mitgliedsland als Angriff auf alle Bündnispartner gilt und diese dem angegriffenen Staat Beistand leisten.
Quelle: DER SPIEGEL

und: **Nach dem Gipfel: Etwas neue Töne auch aus Deutschland**
Die Großmächte sprechen miteinander. Also bequemen sich auch die Kleinen, über Diplomatie nachzudenken. Das ist gut so.
Quelle: Hans Joachim Funke auf World News Monitor

5. **Fast jeder zweite Deutsche will Ukraine-Hilfen kürzen oder ganz einstellen**
Jeder Vierte fordert laut einer neuen Umfrage sogar einen vollständigen Stopp der Unterstützung. Andere Erhebungen zeigen, wie gespalten die Bevölkerung bei diesem Thema ist.
Fast die Hälfte der Deutschen möchte die Unterstützung für die Ukraine reduzieren oder vollständig einstellen. Das geht aus einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Welt am Sonntag hervor. Demnach sprechen sich 49 Prozent der Befragten dafür aus, die finanzielle, militärische und humanitäre Hilfe zu kürzen oder ganz zu streichen. Besonders weit geht die Forderung eines Viertels der Befragten: 25 Prozent wollen die Unterstützung vollständig beenden. Weitere 24 Prozent sprechen sich für eine Verringerung aus. Über die Ergebnisse berichtet die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf die Welt am Sonntag.
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: Welt Online (Bezahlschranke)

dazu auch: **Johannes Kärchers Wutrede gegen politische Versager: „Wählt sie ab, entzieht ihnen die Macht!“**
Der Unternehmer Johannes Kärcher sagt, Deutschland habe gigantische Schulden aufgenommen, um sie in „Rüstung, Sozialleistungen oder Entwicklungshilfe und massiven Beiträgen zu fremden Kriegen zu versenken“. Das sei in höchstem Maß verwerflich. Die emotionale Rede im Wortlaut.

Quelle: World News Monitor

und: **Umfrage: Mehrheit gegen militärische Ukraine-Unterstützung**
Zwei Drittel der Menschen in Deutschland erwarten eine Zunahme militärischer Konflikte, während zugleich der Wunsch nach außenpolitischer Zurückhaltung wächst. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung sprechen sich 48 Prozent der Befragten dafür aus, dass sich Deutschland bei internationalen Krisen stärker zurückhält. Das ist ein Anstieg um fünf Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Nur noch 40 Prozent plädieren für ein stärkeres internationales Engagement, 2025 waren es noch 48 Prozent. Hiervon wünscht sich eine große Mehrheit von 77 Prozent vor allem mehr diplomatische Bemühungen.
Quelle: n-tv

6. **Für Russland gegen die deutsche Wehrpflicht**
Der „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ ist Teil der Gen-Z-Proteste. Er gibt an, eine selbst organisierte Schülerbewegung zu sein. CORRECTIV-Recherchen zeigen, dass über die Kampagne Vertreter russischer Interessen gegen die Wehrpflicht in Deutschland mobil machen.
Quelle: Correctiv

Anmerkung unseres Lesers H.J.: *Mich hat an dem Correctiv-Artikel zum Schulstreik gegen die Wehrpflicht vor allem gestört, wie selbstverständlich er davon ausgeht, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Haltung nicht selbst entwickelt, sondern von außen übernommen haben. Statt zu fragen, warum über 40.000 junge Menschen auf die Straße gehen, denen die Musterung unmittelbar bevorsteht, wird nach Verbindungen nach Moskau gesucht, obwohl keine Geldflüsse bekannt sind. Selbst wenn sich die Ziele der Proteste mit russischen Interessen überschneiden sollten, sagt das für mich nichts darüber aus, ob die Argumente gegen die Wehrpflicht richtig oder falsch sind. Ich finde es außerdem auffällig, dass in dem Text nur Russland und die DKP Interessen verfolgen, während die Interessen hinter der Aufrüstung gar nicht erst zur Sprache kommen. Auf diese Weise wird ein Protest delegitimiert, ohne dass man sich ernsthaft mit ihm auseinandersetzt, und die Frage, wozu die Wehrpflicht eigentlich dienen soll, gerät dabei völlig aus dem Blick.*

dazu: **Grünen-Chef Banaszak bei Gen-Z-Demo wütend beschimpft**
Felix Banaszak wollte bei einer Gen-Z-Demonstration in Berlin seine Solidarität zeigen. Doch statt Zustimmung schlugen dem Grünen-Chef wüste

Beschimpfungen entgegen.
Grünen-Chef Felix Banaszak ist bei einer Demonstration der Initiative „Gen Z regelt“ in Berlin heftig beschimpft worden. Der Politiker wollte sich am Freitag mit den Teilnehmern solidarisieren, stieß jedoch auf massive Ablehnung. Vermummte Demonstranten riefen ihm unter anderem „Verpiss dich“ und „Geh doch an die Ostfront“ entgegen, wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) berichtet. Schließlich verließ Banaszak mit seinen Begleitern die Versammlung.
Die Wut der Demonstranten richtete sich dabei auch gegen die Grünen insgesamt. Laut RND skandierten Teilnehmer: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Wer war mit dabei? Die grüne Partei!“ Auch „Viva Palästina“-Rufe waren zu hören. Ein Gespräch mit Banaszak kam demnach nicht zustande, weil niemand aus der Gruppe bereit war, mit dem Grünen-Chef zu sprechen.
Quelle: Welt Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Sehr erfreulich. Offenbar lässt sich die "Gen Z"-Jugend – im Gegensatz zu den Älteren – nicht von der vorgeblichen Solidarität der angeblich linken Grünen veralbern.*

dazu auch: **An der Seite der Jugend gegen Krieg und Bundeswehr**
Zum mittlerweile fünften Schulstreik gegen die Wehrpflicht gingen am Freitag wieder Zehntausende junge Leute auf die Straße: Die antimilitaristische Jugendbewegung kann als Ausgangspunkt dienen, um die Wechselwirkungen zwischen Militarisierung, Krieg und Kapitalismus wieder ins Zentrum linker Debatten zu rücken. In seinem Debattenbeitrag plädiert der AK Antimilitarismus für eine breite, strömungsübergreifende antimilitaristische Theorie und Praxis und macht dabei klar, dass nicht eine andere Bundeswehr, sondern ihre Abschaffung das Ziel ist.
Quelle: etos.media

7. **Vom Silicon Valley ins Kriegsgebiet: Wie Tech-Konzerne Kriege steuern**
   Wer entscheidet heute eigentlich über Krieg und Frieden? Nicht mehr nur Regierungen und Soldaten, sagt die ehemalige Tech-Unternehmerin Aya Jaff. Private Konzerne kontrollieren wichtige Technologien, ohne die moderne Kriegsführung kaum noch möglich wäre. Gleichzeitig entwickelt sich die Rüstungsindustrie zu einem Milliardengeschäft für die Tech-Branche. Im Interview erklärt Jaff, wie Tech-Konzerne von Krieg und Aufrüstung profitieren

und weshalb sie darin einen „demokratischen Skandal“ sieht.
Quelle: Kontrast.at

dazu auch: **Moderner Krieg: "Kosten pro Tötung" senken: 16-jähriger gründet Startup für moderne KI-Raketen**
Investoren im Silicon Valley investieren eine halbe Million Dollar in das neue Rüstungs-Unternehmen
Während andere mit sechzehn Jahren Computerspiele zocken oder mit der KI über ihre Sorgen sprechen, will der Lette Henrijs Dandzbergs mit seinem neu gegründeten Unternehmen die „Kosten pro Tötung“ (Cost per Kill) von Raketen senken. So steht es laut dem US-Technologiemagazin Wired zumindest im offiziellen Informationsblatt für Investoren, mit dem der Teenager derzeit Geld für sein Startup Polemos Industries einsammelt.
Das Ziel des Unternehmens ist die Entwicklung einer neuen Klasse billiger, präzisionsgesteuerter Raketen, die sich von tragbaren Abschussrampen abfeuern lassen und mittels Künstlicher Intelligenz gegen elektronische Störsender immun sein sollen.
Quelle: der Standard

8. **Oxfam-Bericht: Gefährliche Schadstoffbelastung fast im gesamten Gazastreifen**
   Luft, Boden und Wasser sind einem neuen Bericht der Hilfsorganisation zufolge so stark belastet, dass sie noch über Jahrzehnte eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen
   Der massive Einsatz von Spreng- und Brandwaffen des israelischen Militärs im Gazastreifen hat verheerende ökologische Folgen und das Gebiet stark verseucht. Anzeichen für toxische Kontamination sind fast im gesamten Gazastreifen zu finden, hieß es in einem von der Hilfsorganisation Oxfam und der britischen Forschungsorganisation "Conflict and Environment Observatory" (Ceobs) veröffentlichten Bericht.
   Schwermetalle, Sprengstoffrückstände, Asbest aus zerstörten Gebäuden, Dioxine und biologische Schadstoffe bedrohten die Lebensgrundlagen der Menschen. Luft, Boden und Wasser seien derart mit Schadstoffen belastet, dass sie noch über Jahrzehnte eine Gefahr für die Bevölkerung darstellten, so der Bericht weiter. Besonders Kinder und Schwangere sind demnach gefährdet.
   Quelle: der Standard

   dazu auch: **Kushner warnt Israel vor weltweitem Paria-Status**

Der amerikanische Friedensplan für Gaza steckt fest. Benjamin Netanjahu blockiert nach Darstellung der US-Unterhändler die nächsten Schritte, während die Hamas ihre Waffen nicht abgibt. Der Friedensrat droht, sein Mandat an die Vereinten Nationen zurückzugeben.
Der amerikanische Sondergesandte Jared Kushner hat gewarnt, dass Israel auf einen „weltweiten Paria-Status“ zusteuere. Das Land könne jedoch aus dem von der Hamas ausgelösten Gaza-Krieg sicherer und stärker in die Region integriert hervorgehen, wenn es sich entschließe, seinen Kurs gegenüber dem Gazastreifen zu ändern.
Quelle: World News Monitor

und: **Worum es in der Debatte um Israels Existenzrecht wirklich geht**
In den 15 untersuchten Monaten tauchte der Begriff «Existenzrecht» in 330 Beiträgen von Bild, Spiegel, Tagesschau, taz und Zeit auf, insgesamt 444 Mal. Fast immer, nämlich in 434 Fällen (97,7 %), ist damit das Existenzrecht Israels gemeint.
In den wenigen Fällen, in denen von einem anderen Existenzrecht die Rede ist, etwa jenem Palästinas, geschieht dies meist als Zusatz zum israelischen Existenzrecht. Etwa wenn der Spiegel am 3. Dezember 2023 über den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, berichtet, er trete «für das Existenzrecht der Israelis wie auch der Palästinenser ein». Relevante Unterschiede zwischen den untersuchten Medien gibt es hier nicht.
Während Medien von Bild bis taz in ihrer Existenzrechts-Debatte in aller Regel keinen Zweifel daran lassen, wem dieses Recht zusteht (Israel), schweigen sie sich über seine juristischen Grundlagen fast vollständig aus.
Quelle: Fabian Goldmann auf baba news

9. **Washington zieht sich zurück, Brüssel rüstet auf: Warum der Griff nach der Weltmachtrolle ein fataler Irrweg ist. Interview mit Andrea Komlosy. Teil 1**
   Es hat den Anschein, als würden sich die USA von ihrem Anspruch auf globale Kontrolle zurückziehen und sich auf ihre eigene Hemisphäre konzentrieren. Doch statt auf Entspannung zu setzen, versuchen Deutschland und die EU, in dieses Vakuum zu springen – und treiben den Kontinent in eine gefährliche Militarisierung. Anlässlich ihres neuen Buches „Globalisierung im Übergang“ spricht die österreichische Historikerin und Weltsystemanalytikerin Andrea Komlosy im großen Hintergrundgespräch mit Éva Péli über den Niedergang der US-Hegemonie, die deutsche Strukturkrise und die Mechanismen neuer

Blockkonflikte.
Quelle: Globalbridge

10. **Annalena Baerbock wird Beraterin bei FGS Global – die Firma macht Lobbyarbeit für Panzerbauer KNDS**
Beide Seiten haben den Wechsel bestätigt. Im Lobbyregister stehen auch Bayer, BioNTech und der ADAC. Ob die Ex-Ministerin selbst lobbyiert, ist offen. Von der Außenministerin zur Beraterin einer Lobbyfirma mit Verbindungen zur Rüstungsindustrie: Annalena Baerbock (45) hat bei FGS Global angeheuert. Sie ist dort ab sofort Senior Advisor. Zuerst berichtet hat darüber heute das Handelsblatt.
Das Unternehmen und Baerbocks Seite haben den Wechsel bestätigt. Ob sie selbst für Auftraggeber bei Politikern wirbt, ist damit nicht gesagt. Dazu gibt es bislang keine Angaben.
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: Handelsblatt (Bezahlschranke)

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Gratulation: Da kommt zusammen, was zusammen passt!*

Anmerkung Christian Reimann: *Mit der Anwesenheit von Frau Baerbock werden das vermutlich heitere Beratungsgespräche.*